

Um den speziellen Problemen, denen Kleinparteien in unserem Staat ausgesetzt sind, zu begegnen kam von verschiedenen Seiten die Idee auf, sich zusammenzuschließen und einen Bundesverband zu gründen, der die Interessen der Kleinparteien vertreten soll. Darüber hinaus soll sich der Verband auch gegen allgemeine Missstände in diesem Staat richten, die der Verwirklichung basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen entgegenstehen

Derzeitiger Stand der Planungen:

- Gründung als Verein, dem sowohl juristische Personen (Parteien und NGO's) als auch Einzelpersonen und Einzelkandidat\_innen angehören können

Der Verein soll Inhalte vertreten, die mit Demokratisierung zu tun haben, im Besonderen natürlich mit der systematischen Benachteiligung und Diskriminierung von kleinen und neuen Parteien sowie Einzelkandidat\_innen

Hier geht es um Themen wie:

- 5%-Hürde
- Parteienfinanzierung
- Unterschriftensammlung
- Wahl-Prognosen
- Listenverbindungen
- gültige, gezählte Stimmenthaltungen
- systematische Diskriminierung und Diskreditierung kleiner Parteien durch öffentliche wie private Presse und Politik (inklusive staatlicher Informationseinrichtungen (bpb), aber auch NGO's (Campact, Wikipedia foundation etc.)

Der Verein möchte alternative Ansätze zur repräsentativen Demokratie sammeln und ihre Erprobung und Diskussion fördern, z.B.

- Kiezparlamente
- Losverfahren
- Volksbehörden, Entscheide u.ä.

Der Verein strebt einen Alleinvertretungsanspruch an. (Dies ist nur der Anspruch, bei Gewerkschaften gibt es z.B. auch manchmal konkurrierende Gewerkschaften, die jeweils die Alleinvertretung für sich beanspruchen).

Aufgaben:

- Vernetzen der an Demokratisierung arbeitenden Organisationen
- Werbung und Argumentation für Kleinparteien allgemein (in Abgrenzung zu den Etablierten)
- Politisierung der Bevölkerung auch zwischen den Wahlen

- stete Erweiterung des Diskurs-Rahmens durch Beteiligung verschiedenster marginalisierter Gruppen und Personen und ausgegrenzter Themen
- voneinander lernen
- Unterstützung zur Gründung und Aufstellung
- Informationen über die wahre Vielfalt der Parteienlandschaft Deutschlands
- Erarbeitung und Unterstützung von Methoden, um eine nachhaltige Demokratisierung herbeizuführen, z.B. ziviler Ungehorsam, direkte Aktionen und weitere Protestformen

Zur Wahrnehmung der Aufgaben sollen verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden.

Vor der Gründung:

- Satzung erstellen
- Konzept als Entscheidungsvorlage für potentielle Mitglieder

Ausschlusskriterien für eine Aufnahme:

- autoritäre oder totalitäre Weltanschauung (inklusive der neoliberalen Ideologie, die eine totale Unterwerfung des Individuums unter den Markt fordert)
- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- nationalistische oder militaristische Ausrichtung (Werben mit Nationalflagge oder Propagierung militärischer und paramilitärischer Mittel (hier muss noch geklärt werden, inwieweit militärische Mittel, z.B. zur Verteidigung, unterstützt werden dürfen).

Weitere geplante Termine:

- 11.01: Call zur Abstimmung (DiB2) 17-19 Uhr
- 12.01.: Halböffentliche Fragerunde zum Verband (DiB2) 15-19 Uhr
- 09.02. und 10.02. Verbandskonferenz (wo, wann, wer?)

Dazu ist hier auf dem Marktplatz noch vorzubereiten:

- Erstellung einer Liste mit einzuladenden Parteien und NGO's (<https://marktplatz.bewegung.jetzt/t/liste-der-einzuladenden-parteien-und-ngos/272452>). Auch Argumente, warum bestimmte Parteien/NGO's auf keinen Fall beteiligt werden sollten sind hier willkommen.

-Planung von Veranstaltungen (Konferenzen, Podiumsdiskussionen, Wahlpartys)

-Reflexionen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede

-Kennelernen